

Antifaschistischer Mannheimer Stadt-Rundgang

21. November 2004

Auf den Spuren staatlich organisierter Schnäppchenjagd im Nationalsozialismus

Mannheimer Paradeplatz

Bei dieser Führung geht es insbesondere darum, aufzuzeigen, wie die Mannheimer Juden, aber auch Sinti und Roma in der Zeit des Nationalsozialismus wirtschaftlich unterdrückt und ausgeplündert wurden. Es werden Gebäude benannt, in denen Verwaltungsstellen untergebracht waren, die an diesem durchorganisierten Raub beteiligt waren. Ferner werden Stellen gezeigt, an denen Wohnungsinventar von deportierten Juden an die Mannheimer Volksgenossen verkauft wurden. Schließlich wird auch die Rolle der Banken angesprochen, die bei der Ausplünderung mitgemacht und profitiert haben.

Die Nazis errichteten ab 1933 Zug um Zug ein System der vollständigen Aussonderung und Entrechtung der Juden, Sinti und Roma. Wir kennen zur Lage der Sinti und Roma nur wenige Mannheimer Quellen, weshalb wir hierzu nicht viel sagen werden. Die jüdischen Menschen wurden aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, sie bekamen Berufsverbot, wurden enteignet und vertrieben. Wer nicht auswandern konnte, wurde deportiert.

Nach der Reichspogromnacht am 9. und 10. November 1938 beschleunigten die Nazis das Tempo der wirtschaftlichen Unterdrückung. Ca. 500 jüdische Betriebe und Geschäfte existierten noch, gerade ein Drittel der Geschäfte, die fünf Jahre zuvor in Mannheim ansässig waren. Mit der sogenannten „*Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben*“ wurde diesen Menschen die letzte Existenzgrundlage entzogen. Sie mussten ihre Geschäfte auflösen, mussten sie unter Wert verkaufen und hatten die Restware an den Einzelhandelsverband abzuliefern. So schalteten die Volksgenossen die unliebsame Konkurrenz aus.

Im Quadrat P1, wo heute Galleria Kaufhof ist, stand in den 30er Jahren das Kaufhaus Schmoller. Es wurde Mitte 1939 arisiert, so nannten die Nazis die Enteignung von jüdischem Besitz. In den Schaufenstern feierten die neuen Besitzer ihren Triumph. Auf Werbeplakaten wurde speziell auf diese „Arisierung“ hingewiesen.

Mahnmal im Quadrat P2

Adolf David war noch keine sechzig Jahre alt, als er im September 1938 mit seiner Frau aus dem pfälzischen Meisenheim am Glan in die anonymere Großstadt Mannheim umzog. Die Mälzerei, die er zusammen mit seinen Brüdern betrieben hatte, war bereits „arisiert“ worden. Es ging ihnen zu diesem Zeitpunkt wirtschaftlich noch relativ gut und sie hatten eine große Wohnung in der Oststadt.

An Auswanderung dachten sie nicht. Am 9. November 1938 wird Adolf David in Mannheim verhaftet und mit anderen jüdischen Männern nach Dachau verfrachtet. Dort wird er einen Monat später umgebracht. Seine Frau konnte im September 1939, kurz nach dem Überfall der Wehrmacht auf Polen emigrieren.

Adolf Davids Name ist auf dem Mahnmal eingraviert.

Die meisten jüdischen Einwohner Mannheims wurden im Oktober 1940 in das südfranzösische Internierungslager Gurs deportiert.

Über die Umstände bei der Deportation und die Reaktion der Nachbarn berichtet Kurt Bergheimer, der damals 15-jährige Sohn einer Mannheimer Kaufmannsfamilie, folgendes: „Wie in Windeseile mussten wir packen. Aber es kamen auch noch die Leichenfledderer, die vom Unglück ihrer Mitmenschen profitieren wollten. Eine ganze ‚befreundete‘ Familie

erschien, die es ‚so schade fand‘, alles den bösen Nazis geben zu müssen. Es wäre doch besser, ihnen die Sachen zu überlassen. Worauf mein Vater in einer sehr verständlichen Regung die falschen Freunde aus der Wohnung jagte.

Lieber noch wollte er das Zurückzulassende den offenen Dieben geben, als den versteckten, sich Freunde nennenden...

Schon auf der Straße begann unser Leiden. Wir wurden schwer beladen wie wir waren, von der Hitlerjugend, die dafür schulfrei hatte, eskortiert. Und dass die nicht mit Flüchen, Beleidigungen und Gemeinheiten sparten, muss nicht besonders erwähnt werden.

Verspottet, mit Schmutz beworfen, mussten wir regelrecht Spießruten laufen; wir konnten und durften uns nicht wehren. Hier war die zur völligen Verrohung erzogene Nazijugend in ihrem Element, das war für sie eine Art Praktikum für spätere Greuel.“

Soweit Kurt Bergheimer; er konnte von Gurs aus in die Schweiz entkommen.

Dresdner Bank im Quadrat P2 und Commerzbank im Quadrat P3 gegenüber

Wir kommen nun zur Rolle der Banken, die im System der Enteignung von Juden sowie beim eingeschränkten Zugriff auf deren Vermögen eine wichtige Rolle spielten.

Nachdem die schon erwähnte Familie David von Meisenheim nach Mannheim umgezogen war, musste sie bei der Deutschen Bank ein Konto einrichten. Alle finanziellen Transaktionen der Familie hatten über dieses Konto stattzufinden. Frau David, deren Mann bereits von den Nazis umgebracht worden war, hatte nur einen sehr eingeschränkten Zugriff auf ihr eigenes Konto.

Vermögen, das 5000 Reichsmark überstieg, das entspricht heute ca. 75.000 Euro, musste ab Mitte 1938 den Behörden gemeldet werden. Sämtliche Wertpapiere waren in Bankdepots zu hinterlegen. Der Zugriff auf das eigene Vermögen wurde Juden gesetzlich verwehrt. Vom eigenen Konto durfte nur ein zuvor genehmigter kleiner Monatsbetrag abgehoben werden, der lediglich dem Lebensunterhalt diente. Schmuck und Edelmetall durften Juden weder erwerben noch verkaufen. Dies galt auch für Kunstgegenstände, deren Wert 1000 Reichsmark überstieg. Die Gestapo erhöhte noch die Schikanen, wenn die Auswanderung bevorstand.

Besonderes Interesse erregten die jüdischen Immobilien. Für deutsche Banken bestanden hier schöne Möglichkeiten, große Gewinne durch Provisionen zu machen. Die Dresdner Bank bot sich an, dem Finanzministerium bei den Verkäufen zu helfen. Ein Vertreter des Ministeriums traf sich deshalb mit Abgesandten der Dresdner Bank, der Deutschen Bank und der Commerzbank. Doch die Banken sollten keine Geschäfte im eigenen Namen betreiben. Man befürchtete nämlich, Juden könnten gegen die Bank im Ausland Ansprüche anmelden.

Deshalb musste das braune Band des Sympathie verschlungenere Wege nutzen.

Als Mannheim schon in Schutt und Asche lag, wurde das Geld aus dem Verkauf jüdischer Gebrauchsgegenstände über die Volksbank in Tauberbischofsheim abgewickelt. Hierzu liegen zwei Dokumente über monatliche Überweisungen an das Kaufhaus Vetter vor. Heute steht dort in N7 das Kaufhaus Galleria Kaufhof.

Mit dem überwiesenen Geld wurden Lagerflächen für den Verkauf von Gebrauchsgegenständen bezahlt. Ferner gingen Überweisungen für diese Verkäufe im Dezember 1944 und Januar 1945 an das Mannheimer Finanzamt. Die Bankgeschäfte wurden bis zum Schluss ordnungsgemäß abgewickelt.

Altes Rathaus im Quadrat N1

Die kommunale Politik hatte ihren Anteil an der rassistisch begründeten Unterdrückung. Über den ordnungsgemäßen Vollzug ist im Verwaltungsbericht der Stadt Mannheim für 1938 wörtlich zu lesen:

„Der Verkehr der städtischen Stellen mit Juden wurde eingestellt. Die jüdischen Firmen wurden von der Vergebung städtischer Arbeiten ausgeschlossen. Miet- und Pachtverträge der

Stadt mit Juden wurden aufgelöst (auch Theatermieten). Die Kreditgewährung an Juden durch die städtische Sparkasse wurde gesperrt. In die städtischen Heime wurden Juden nicht mehr aufgenommen. (...) Die Benutzung sonstiger Einrichtungen, der städtischen Bäder, des Stadions usw. ist den Juden verboten. (...)

Die städtischen Büchereien und Sammlungen wurden bereinigt. Jüdische Straßennamen wurden beseitigt. Den städtischen Bediensteten ist es zur Pflicht gemacht, nicht bei Juden zu kaufen, sich auch nicht jüdischen Rechtsanwälten zu bedienen oder von jüdischen Ärzten behandeln zu lassen.“

Soweit der Verwaltungsbericht der Stadt Mannheim. Da unzählige jüdische Menschen in der Stadt durch diese Maßnahmen bereits arbeitslos und mittellos gemacht worden waren und der Fürsorge anheim fielen, sorgte auch hier der Staat für eine perfide Entlastung der städtischen Haushalte. Seit Mitte 1939 musste die jüdische Gemeinde selbst für die Finanzierung ihrer Fürsorgefälle aufkommen. Nach außen sollte es wie Selbstverwaltung aussehen. Tatsächlich wurden aber alle bestehenden jüdischen sozialen Institutionen aufgelöst und alle Juden mussten fortan der sogenannten „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ angehören. Diese war nichts anderes als der verlängerte Arm des Reichssicherheitshauptamtes. Das war die zentrale Stelle der Gestapo, der geheimen Staatspolizei unter Himmler. An diese Reichsvereinigung mussten die Juden ab Ende 1939 je nach Höhe ihres Vermögens 10 bis 60 Prozent zahlen, angeblich um deren soziale Arbeit zu finanzieren, damit die staatlichen Fürsorgeeinrichtungen entlastet wurden.

Die Deportation der Juden im Oktober 1940 war für den Oberbürgermeister Renninger der Anlass für eine Bekanntmachung im Hakenkreuzbanner und in der Neuen Mannheimer Zeitung: Dort wird die Mannheimer Bevölkerung aufgerufen, wegen der frei gewordenen Wohnungen Ruhe zu bewahren.

Der Oberbürgermeister, der Polizeipräsident und ein Vertreter der Handelskammer entschieden Anfang November über die „Verwertung jüdischen Vermögens“. Zwei Wochen später annoncierte dann das Finanzamt eine Versteigerungsanzeige für sogenanntes „nichtarisches Versteigerungsgut“.

Finanzamt Mannheim im Quadrat L3

Am heutigen Finanzamt soll auf die Rolle der Finanzbehörden bei der Ausplünderung und Vertreibung der Juden einen Blick geworfen werden.

Das Finanzamt war die lokale Vertretung der Reichsfinanzverwaltung. Der Nazistaat rüstete seit 1933 auf. Ab diesem Zeitpunkt war diese Behörde sehr erfinderisch im Beschaffen von Geld für den NS-Staat. Zur Zeit des Nationalsozialismus befand sich das Mannheimer Finanzamt in F6,20, wo heute Wohnblocks stehen. Darüber hinaus gab es speziell eine Finanzamtsabteilung zur Verwaltung des jüdischen, sogenannten „reichsfeindlichen Vermögens“. Diese Behörde war in den 40er Jahren in F1,11, in den Räumen der ehemaligen Klaussynagoge untergebracht.

Etwas ganz besonderes hatte sich der Nazistaat in Folge der Novemberpogrome einfallen lassen. Das von SA-Horden zerstörte Eigentum war in der Regel versichert. Den arischen Volksgenossen erstatteten die Versicherungen die Verluste für deren beschädigtes Eigentum. Die Versicherungsbeträge für die jüdischen Menschen kassierte der Staat.

Die Opfer der Pogrome, also alle Juden, mussten eine sogenannte „Sühneleistung“ an den Staat zahlen. Dieses war eine ideologisch begründete Vermögenssteuer: Sie betrug zunächst 20 Prozent, und nach Kriegsbeginn 25 Prozent ihres Vermögens und erbrachte insgesamt über eine Milliarde Reichsmark.

Mit der Reichsfluchtsteuer, die auswandernden Juden auferlegt wurde, erwirtschafteten die Finanzbehörden weitere 900 Millionen Reichsmark für den Staat. Wer bei der Emigration Mobiliar, Bücher oder berufliche Gerätschaften z.B. aus einer Arztpraxis mitnehmen wollte,

musste nochmals den vollen Anschaffungspreis an den Nazi-Staat bezahlen. Ob das doppeltbezahlte Gepäck dann auch wirklich im Exil ankam, war eine andere Sache. So stellte auch Frau David, deren Familienschicksal wir schon kurz am Mahnmal angesprochen haben, einen sogenannten Lift zusammen. Ein Lift entspricht heute etwa einem Container. Sie wollte in die USA emigrieren. Den Lift mit ihrem Mobiliar ließ sie über den Rhein nach Rotterdam verschicken. Dort wurde er mit Kriegsbeginn im September 1939 nicht weiter verschifft. Beschlagnahmt als sogenanntes „reichsfeindliches Vermögen“ wurde er 1942 wieder nach Mannheim zurück gebracht und im Auftrag der Finanzbehörden verkauft. Die meisten Akten des Finanzamtes sind im Bombenkrieg verbrannt. Teilweise wurden sie aber, als die Niederlage absehbar schien, auch bewusst vernichtet. Bei weitem nicht alle Juden hatten die Möglichkeit und die finanziellen Mittel noch rechtzeitig vor der Deportation und vor der sog. Endlösung auszuwandern. Die in Mannheim verbliebenen Juden wurden schon ab 1940 zur Zwangsarbeit herangezogen. Hier spielte das Arbeitsamt eine wichtige Vermittlungsrolle.

Kreisamtsleitung der NS Wohlfahrt in einer Villa im Quadrat L5, 6

In dieser Villa, in dem heute ein Lehrstuhl der Universität Mannheim untergebracht ist, residierte die zentrale Stelle, die sogenannte Kreisamtsleitung der NS Wohlfahrt. Unserer Kenntnis nach hatte die NS Wohlfahrt zusammen mit dem städtischen Fürsorgeamt bei der Veräußerung von Bekleidung und Mobiliar der nach Gurs deportierten Juden eine besondere Funktion.

Man kann sich den Ablauf der Verwertung des zurückgebliebenen jüdischen Eigentums folgendermaßen vorstellen: In der verlassenen Wohnung trafen sich ein Vertreter des Finanzamtes, die Hausverwaltung, oft ein Angehöriger des Gebrauchswarenhandels und ein Schätzer. Verschiedene Untergliederungen der NSDAP und Ämter aber auch Privatpersonen, konkurrierten um das Inventar. Die eine Gruppierung wollte die wertvolle Einrichtung des Arbeitszimmers, ein anderer den Tresor, der nächste die Schreibmaschine, wieder ein anderer die Bilder und die Bücher, die Nachbarin die Nähmaschine und deren Nachbar den Kühlschrank. Die Möbel wurden versteigert oder verkauft. Transportkosten trieb die Gestapo bei den jüdischen Gemeinden ein. Der Ertrag wurde nach Abzug der angefallenen Unkosten dem Finanzamt überwiesen.

Wir gehen davon aus, dass die NS-Wohlfahrt und das städtische Fürsorgeamt einen beträchtlichen Anteil daran hatte, das Wohnungsinventar, den Hausrat und die zurückgebliebene Kleidung an die Volksgenossen zu verscherbeln. Es sind jedoch nur wenige Unterlagen darüber im Stadtarchiv erhalten.

Bedeutend mehr wissen wir über die Verwertung des aus den besetzten Gebieten zurückgeholten jüdischen Umzugsgutes. In Mannheim wurde ab Mitte 1942 extra eine sogenannte „Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen“ eingerichtet, deren Verwaltungssitz in M5,5 war.

Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen im Quadrat M5,5

In M 5,5 war im Nationalsozialismus die sogenannte „Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen“, im Nazijargon kurz VVV genannt, untergebracht.

Im Hafen von Rotterdam hatten Emigranten - wie Frau David - in sogenannten Lifts ihre Wohnungseinrichtungen bei großen Transportunternehmungen untergestellt. Nach Kriegsausbruch und dem Einmarsch der Deutschen Truppen in den Niederlanden war ein Weitertransport praktisch nicht mehr möglich. Deutsche Spediteure wie Kühne und Nagel konnten nun ein zweites mal am Transport verdienen. Das Umzugsgut wurden ab Mitte 1942 wieder nach Deutschland zurückgebracht. Auch aus anderen europäisch besetzten Ländern

wurde jüdisches Eigentum nach Deutschland verfrachtet. Insgesamt sind 408 Güterzugwaggons für Mannheim verzeichnet, neben Transporten per Schiff und Lastwägen. In den Lifts vermutete man auch wertvolle Gebrauchsgegenstände, wie z.B. Teppiche, Kunstobjekte und Antiquitäten, die sehr begehrt waren. Der Leiter der Kunsthalle und des städtischen Museums traten zusammen mit honorigen Sachverständigen aus der Branche, wie den Herren Engelhorn, Barzlen und Telkamp, die als Schätzer fungierten. Sie hatten zu entscheiden, was Kunst ist, was als wertvoller Teppich galt oder als wertvolles Musikinstrument. Diese wertvollen Gegenstände gingen an Behörden oder wurden über den Fachhandel veräußert. Der Rest wurde auf Bezugsscheine bei der VVV verkauft. Die offizielle Lesart war, dass die Waren für die sogenannten Fliegergeschädigten in Mannheim bestimmt seien. Tatsächlich waren 1942 auf die Mannheimer Innenstadt schon zwei Bombenangriffe niedergegangen, bis dahin mit vergleichsweise wenig Schaden. Zum Zeitpunkt der Gründung der VVV schien der Luftkrieg stark nachzulassen. Erst ab April 1943 mussten viele Obdachlose und Ausgebombte in Mannheim wegen schwerer Bombenangriffe tatsächlich versorgt werden. Bei Kriegsende gab es vermutlich in Mannheim kaum eine Familie, die ihren verbliebenen abgebrannten Haushalt nicht mit Stücken aus jüdischem Umzugsgut ergänzt hatte.

Der Verkauf der Waren wurde genauestens festgehalten. Bereichert haben sich daran viele, und das alles ganz offiziell und legal, wie aus verschiedenen Belegen, die in der Ausstellung im Stadthaus zu sehen sind, hervorgeht.

Verkaufsstellen von ehemaligem jüdischen Alltagsgegenständen in den Quadraten N7,3 und O7,8

Wo heute Galleria Kaufhof steht, stand während der Nazi-Zeit das Kaufhaus Vetter. Bis Januar 1945 wurde auf 1.100 qm eine Verkaufsstelle der „Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen“ betrieben. Das ist eine große Fläche. Für die Miete dieses Lagers wurde dem Kaufhaus Vetter monatlich 1800 Reichsmark von der VVV überwiesen. Da entspricht heute einem Quadratmeterpreis von etwa 23 Euro, eine stolze Summe. Den Hauptteil des Profits strich jedoch der Staat und die Nazi-Partei ein. Wie ging das vonstatten? Die nach Mannheim geschafften Lifts wurden unter der Aufsicht von Vertretern der Verwertungsstelle für volksfeindliches Vermögen einzeln ausgepackt. Nachdem Partei- und Staatsinstanzen kostenlos Gegenstände erhalten hatten, wurde der übrige Inhalt der Lifts geschätzt und an den Fachhandel und die Verwertungsstelle weitergeleitet. Der Fachhandel kaufte die wertvolleren Teile zum Schätzpries und musst einen Aufschlag von 12½ Prozent an das Finanzamt abführen. Danach konnte der Rest der Waren im freien Verkauf angeboten werden.

Die Massenware aus dem Beutezug wurde dann eben über die Verwertungsstellen feilgeboten. Bei der VVV konnte man nur mit Bezugsschein einkaufen. Bezugsscheine erhielten Ausgebombte aber auch Neuvermählte, Kinderreiche und sonstige Bedürftige. Auch hier wurde die Preisgestaltung genau überwacht, jede einzelne Tasse, Salzstreuer etc. buchhalterisch erfasst. Beim Kaufabschluss wurde ein Kassenzettel ausgefertigt, mit der Nummer des Lifts aus dem der Gegenstand stammte, dazu das Datum und Name des Käufers. Die Verwertungsstelle wurden von Verkäuferinnen und Verwaltungsangestellten betrieben, die von diversen Geschäften abgestellt waren. Verkaufslager bestanden zunächst ab Mitte 1942 in O7,8. Viele werden dieses Haus kennen, in dem jahrelang Phora bzw. Promarkt untergebracht waren. Doch reichten diese Geschäftsräume nicht annähernd aus. Die Polizei beklagte sich, weil auf den Planken, damals noch Hauptverkehrsstraße, die neu angekommenen Kisten ausgepackt wurden. Das Verpackungsmaterial stapelte sich dort. Die Zunahme des Geschäftsverkehrs im Jahre 1943 erforderte mehr Personal und größere Räume.

Zusätzliche Lagerräume gab es in der U2-Schule und in N 7,3, den Verkaufsräumen des ehemaligen Kaufhauses Vetter.

Die Verwertungsstelle machte in den 30 Monaten ihres Bestehens 2,3 Millionen Reichsmark Umsatz.

Aus den Einnahmen der Verkäufe erstattet die VVV die Lohnkosten für die Verkäuferinnen, den Geschäftsführer, die Mietkosten, die Kosten für die Schätzer und Sachverständigen und den Treuhänder sowie das, was an das Finanzamt abzuführen war. Dabei flossen auch der NSDAP aus dieser Quellen in den Jahre 1942 – 1944 fast 120.000.- Reichsmark zu. Darüber hinaus forderte die Kreisleitung oft kurzfristige Darlehn an. Der restliche Gewinn der VVV wurde akribisch notiert und z.B. dafür verwendet, die Ritterkreuzträger zu verköstigen. Die Verwertungsstelle hat bis zum 14.Januar 1945 in diesem Gebäude funktioniert.